express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Europa-Express

Roland Erne* zur möglichen Re-Verstaatlichung von Thames Water in Großbritannien und zu EU-Regelungen zu Arbeitsstress

In: ***express*** *10/2026*

Ende der Thatcher-Ära?

Seit Margaret Thatchers Wahlsieg von 1979 setzten alle britischen Regierungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge auf neoliberale Rezepte, auch die »New Labour«-Regierungen von Tony Blair und Gordon Brown. Seitdem bestimmt die neoliberale Kommodifizierungsagenda die öffentliche Daseinsvorsorge fast in ganz Europa.[1] Nur in wenigen Ländern und Regionen, zum Beispiel in Nordirland und Schottland, blieb die Daseinsvorsorge teilweise in öffentlicher Hand.

Das könnte sich jetzt ändern. Der neue Labour-Regierungschef Andy Burnham will mehr Public Service in England. So soll beispielsweise der vom Konkurs bedrohte Wasserkonzern Thames Water verstaatlicht werden.

Wasser-Desaster

Die Privatisierung der Bahn, des Nahverkehrs, der Energie- und Wasserversorgung führten in Großbritannien zu einem Desaster. Die privaten Investoren waren primär an schnellen Gewinnen interessiert und nicht am Public Service. Deshalb sagte Burnham in der britischen Zeitung *The Guardian* vom 5. Juni 2026, dass »Milliarden und Abermilliarden aus der Wasserwirtschaft abgezogen wurden, ohne dass dieses Geld wieder in die Infrastruktur geflossen ist«. Dasselbe sei auch bei der Eisenbahn und der Energiewirtschaft geschehen. »Wir haben zugelassen, dass (...) eine kleine Gruppe von Menschen mit diesen Dienstleistungen viel Geld verdient hat, während die große Mehrheit immer mehr für einen immer schlechteren Service bezahlen musste.« (Ebd.) Diese Selbstkritik ist bemerkenswert, hatte doch Burnham den New Labour-Kurs seiner Mentoren Blair und Brown mitgetragen. Ob es zu tatsächlich zu einer Vergesellschaftung von Thames Water kommt, ist noch offen. Die betroffenen Kapitalisten wehren sich gegen ihre Enteignung. Einer von ihnen ist der Multimilliardär Paul Singer, der als Gründer, Präsident und Co-CEO des berüchtigten Hedgefonds Elliott Management auch den Wahlkampf von Donald Trump sponsorte.

Boni-Desaster

Die Gläubiger, die Thames Water kommissarisch leiten, verlangen Kompensationen von rund 115 Milliarden Euro, falls die Burnham-Regierung den Konzern verstaatlicht. Rechtlich ist diese Forderung kaum durchsetzbar, da das englische Recht keine staatlichen Kompensationen für Gläubiger bankrotter Firmen vorsieht. Politisch haben »systemrelevante« kapitalistische Konzerne jedoch sehr wohl einige Trümpfe in der Hand. Das politische Kalkül der Thames Water-Kapitalisten: So wie viele Regierungen sich gezwungen sahen, ihre »systemrelevanten« Banken zu retten, um einen Stopp der Finanzströme zu verhindern, könnte auch

1 Darragh Golden, Imre Szabó und Roland Erne: Commodifying public utilities: EU's new governance prescriptions for rail and water, Governance, Jg. 38, Nr. 1, 2025. DOI: 10.1111/gove.12909.

Burnham eine Unterbrechung der Wasserversorgung für Millionen von Menschen kaum riskieren. Deshalb verlangen sie zusätzliche Milliarden vom Staat sowie die Stundung einer staatlichen Milliardenbuße für das illegale Ablassen von Dreckwasser, um den Bankrott von Thames Water zu verhindern.
Derweil zahlt der Konzern weiterhin Millionen-Boni an Spitzenmanager, trotz der regelmäßigen Wasserversorgungsunterbrechungen für Zigtausende.

Bahn-Desaster

Es wird sich zeigen, wie Burnham auf die Erpressung von Thames Water reagieren wird. Vorerst zögert die Burnham-Regierung, da die Firma laut der Umweltministerin Angela Eagle formal noch nicht insolvent ist. Vielleicht wird sich seine Version von »öffentlicher Kontrolle« letztlich kaum von den Lösungen für das Privatisierungsdebakel seines unpopulären Vorgängers bei der Bahn unterscheiden: Dank Keir Starmer werden zwar alle englischen Bahnen ab 2027 von einer neuen staatlichen Bahngesellschaft betrieben. Dennoch bereitet Starmers Schritt hin zu mehr »öffentlicher Kontrolle« im Bahnwesen den betroffenen Kapitalisten kaum schlaflose Nächte. Da der Staat die neue Bahngesellschaft Great British Railways besitzen wird, werden die Reisenden künftig den Staat für alle Probleme verantwortlich machen können. Trotzdem werden Bahnkapitalisten auch in Zukunft sichere Profite aus dem Bahnwesen abschöpfen, da das Rollmaterial weiterhin in privater Hand bleiben wird. Deshalb könnte das Leben für die Privatunternehmen in England künftig sogar einfacher werden. Anstatt sich um das komplizierte Bahnmanagement kümmern zu müssen, können sie sich darauf konzentrieren, aus internationalen Steueroasen Rechnungen für das Leasing ›ihrer‹ Lokomotiven und Waggons an die Great British Railways zu schicken. Folgt Burnham bei Thames Water Starmers' Version von »öffentlicher Kontrolle«, wird auch seine Popularität bald schwinden.

Europaparlament fordert neues EU-Gesetz im Kampf gegen Burnout und Arbeitsstress

Burnout und Stress am Arbeitsplatz nehmen explosionsartig zu. Laut der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) leidet jeder dritte Beschäftigte in Europa unter Angstzuständen, die durch die Arbeit verursacht oder verschlimmert werden. Ein schockierender Befund. Und der Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsplatz droht den psychosozialen Stress weiter zu erhöhen. Die mentale Belastung durch eine immer höhere Arbeitsintensität ist von 27 Prozent im Jahr 2015 auf 40 Prozent im Jahr 2021 gestiegen.

Gegen immer mehr Arbeitsstress

Für die belgische Gewerkschafterin und EU-Abgeordnete Estelle Ceulemans ist die Sache klar: Es braucht europäische Gesetze zur Prävention, Erkennung und Bewältigung von psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz. Schöne Worte reichen nicht. Deshalb lancierte Ceulemans ihren Initiativbericht zum Thema psychosoziale Risiken, Stress und psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, der vom zuständigen Ausschuss und vom EU-Parlament angenommen wurde.[2] Nun muss die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf vorlegen, der den psychosozialen Gesundheitsschutz stärkt.

Recht zum Abschalten

Laut dem Antrag von Estelle Ceulemans müssten künftig auch durch psychische Ängste bedingte Erkrankungen – wie Burnout – als Berufskrankheit anerkannt werden. Zudem fordert sie eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Belästigung am Arbeitsplatz. Die Stärkung der Arbeitsaufsicht und der Sozialpartner im Bereich psychische Gesundheit ist eine weitere zentrale Forderung. Beschäftigte sollen zudem auch ein ›Recht zum Abschalten‹ von Handys au-

2 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Oktober 2026 mit Empfehlungen an die Kommission zu psychosozialen Risiken, Stress und psychischer Gesundheit am Arbeitsplatz (2026/2023(INL)).

ßerhalb der Arbeitszeit bekommen. Zudem soll die Richtlinie Beschäftigte vor algorithmischer Überwachung schützen. Die Begleitung der Beschäftigten bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz nach einem Burnout ist eine weitere zentrale Forderung. Zudem steht es den Mitgliedsstaaten frei, die gesetzliche Beweislast im Bereich psycho-soziale Berufskrankheitenzu erleichtern.

Quality Jobs Act

Ob es tatsächlich zu diesen Verbesserungen kommt, ist offen. Bis jetzt konnten sich weder die rechtsradikalen Parteien noch die Arbeitgeberlobby durchsetzen. Erstere widersetzen sich jeglichem Fortschritt im Bereich Arbeitsschutz. Letztere verlangen die vollständige Ablehnung des Initiativberichtes. Es wird sich jedoch bald zeigen, wie wichtig den christdemokratischen Parteien Würde und Gesundheit der Beschäftigten sind. Sie stellen im EU-Parlament und in der Kommission die Mehrheit, entweder zusammen mit den Linken und Grünen oder zusammen mit den Rechtsradikalen. Die EU-Kommission will im Dezember einen neuen »Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze« vorlegen. Man darf gespannt sein, wie viel Arbeits- und Gesundheitsschutz darin sein wird.

** Roland Erne war Chemielaborant und Gewerkschaftssekretär in Lausanne und Zürich. Seit 2003 ist er Hochschullehrer für Europäische Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.*

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12